

**Haushaltsrede zum Doppelhaushalt 2026/2027 in der
Sitzung des Stadtrats am 15.12.2025
Oberbürgermeister Christian Götz**

Strategische Schwerpunkte – warum wir investieren

Liebe Mitglieder des Stadtrats,

es ist jetzt etwa eineinhalb Jahre her, dass wir unseren letzten Haushalt verabschiedet haben und ich kann mich noch ziemlich genau erinnern, wie ungut die Stimmung damals war. In einem Kraftakt, vor allem unserer Finanzverwaltung, konnten wir in 2023 bzw. 24 ein von der Kommunalen Finanzaufsicht auferlegtes Konsolidierungskonzept erarbeiten und anwenden, das uns zumindest den damaligen Doppelhaushalt genehmigungsfähig gemacht hatte, wenn auch unter strengen Auflagen.

Heute dürfen wir wieder einen Doppelhaushalt beschließen. Die Stimmung ist aber, so scheint mir, eine deutlich bessere.

Warum? Ganz einfach: Die Zahlen sehen besser aus, zumindest auf den ersten Blick. Hintergrund hierfür ist zum einen die sehr positive Entwicklung der Gewerbesteureinnahmen. Mit gut 38 Mio. € erzielen wir hier einen Rekordwert, mit dem vor zwei Jahren nicht annähernd zu rechnen war. Wir sind tatsächlich ein attraktiverer Gewerbestandort, als manch einer gedacht hat. Gründe mag es

verschiedene geben: Die Lage im Münchner Westen inklusive guter Anbindung, das attraktive Kultur-, Freizeit- und Sportangebot oder die hervorragende soziale Infrastruktur inklusive Kitas und Schulen. Diese weichen Faktoren sind wiederum attraktiv für Mitarbeitende, die gerne hier wohnen und arbeiten. Allein der Mangel an Wohnungen wird auch für das ansässige Gewerbe mehr und mehr zum Problem.

Der zweite Aspekt unseres positiven Ergebnisses ist das kluge und umsichtige Wirtschaften, das sich nicht zuletzt aus unserem Konsolidierungskurs heraus entwickelt hat. Das Bilden von gedeckelten Budgets hat dazu geführt, dass die Ausgabenseite deutlich niedriger und vor allem realitätsnaher geworden ist.

Zum Glück sind auch die Zeiten vorbei, als vonseiten des Stadtrats Positionen eingestellt wurden, die zwar vielleicht öffentlichkeitswirksam waren, letztlich den Haushalt aber künstlich aufgebläht hatten, ohne einen echten Mehrwert zu erzeugen. Vorsorglich 100.000 € hierfür und 500.000 € dafür einzustellen, weil man diese ja vielleicht kommendes Jahr brauchen könnte, macht in meinen Augen keinen Sinn und wurde in der Vergangenheit auch regelmäßig von der Kommunalaufsicht scharf gerügt. Diese berühmte „Luft“ konnten wir also weitgehend aus unserem Haushaltsentwurf entweichen lassen, sodass wir nun vielleicht sogar erstmalig in der Geschichte der Stadt einen genehmigungsfreien Haushalt beschließen können.

Prof. Dr. Klaus Wollenberg
Stadtrat, Finanzreferent

Haushaltsverabschiedung,
15. Dezember 2025
Stadt Fürstenfeldbruck
Doppelhaushalt 2026/2027

Anrede

Sowohl Herr Oberbürgermeister Götz, als auch unserer Stadtkämmerer, Herr Eckert, haben wichtige Kennzahlen und Einzelsummen des heute von uns gemeinsam zu verabschiedenden Doppelhaushalts für die Jahre 2026 und 2027 bereits erwähnt, so dass diese nicht wiederholt werden müssen.

Ich möchte meine Ausführungen deshalb eher mit dem Leitgedanken: „Wachsamkeit statt Wunschdenken –die finanzielle Konsolidierung als Daueraufgabe unserer Haushaltsbemühungen“ verbinden.

Der vorliegende Entwurf zum Doppelhaushalt unserer Stadt bietet für zwei Jahre Planungssicherheit für die Stadtverwaltung, die örtliche Wirtschaft und die Bürgerschaft für unsere Kommunalfinanzen in einem schwierigen Umfeld in turbulenter Zeit. Sie kennen in diesem Zusammenhang vielleicht die sorgenvollen Äußerungen des Münchener Stadtkämmerers, oder aus Puchheim oder das Zeitungsinterview von René Mroncz, dem Kämmerer aus Germering zur aktuellen Situation der Kommunalfinanzen, der im Interview davon sprach, „dass die Kommunen kein Einnahmeproblem, sondern ein Ausgabeproblem“ hätten.

Mit einer gewissen Freude und durchaus Stolz, legen wir heute endlich wieder einen genehmigungsfreien Stadthaushalt vor, den die Kommunalaufsicht im Landratsamt in ihren Zahlen nicht prüfen muss. Das positive Ergebnis für das Jahr 2026 mit einem Überschuss von 870 T€ sollte aber weder blenden noch uns leichtsinnig machen.

Beide Haushaltsteile sind in Wahrheit „auf Kante genäht“. Wir haben für das kommende Haushaltsjahr vermutlich „das Glück des Tüchtigen“ - hängen dabei weitgehend am Tropf der Gewerbesteuer, die die Kämmerei mit einem Planansatz von 30 Mio.€ verbucht hat. In der weiteren Konsequenz erhöht die Steigerung der Gewerbesteuer die Umlagekraft der Stadt, was u.a. zur Steigerung der absoluten Kreisumlage führt und möglicherweise zur Senkung der vom Freistaat überwiesenen künftigen Schlüsselzuweisungen, die für das kommende Haushaltsjahr 2026 bei etwa 8,2 Mio. € liegt.

Nur leider bleibt uns von den gestiegenen Einnahmen für die eigenen Ausgaben weniger übrig als wir es bräuchten. Über 53 Mio.€ Transferaufwendungen jährlich muss unsere Stadt leisten, den größten Teil davon in Form der Kreisumlage an den Landkreis Fürstenfeldbruck. Es kann und darf deshalb für uns als Stadtrat nicht gleichgültig sein, auf welchem Weg der Kreis die von der Kreiskämmerei ausgewiesenen Kreditaufnahmen der kommenden 10 Jahre bewältigt werden – schließlich geht es dabei um offiziell mindestens 750 Mio €.

Die von uns im Stadthaushalt umfangreichste und weitgehend eigenständig beeinflussbare Größe sind die Personalausgaben, die auf 33 Mio. € über die letzten Jahre gesehen fast explosionsartig ansteigen. Die Tarifsteigerungen sind exogen, können wir also nicht beeinflussen, aber jede von uns neu geschaffene Stelle ist eine finanzielle Hypothek für die Zukunft.

Mit einer gewissen Sorge sehen wir auf die finanzielle Situation des Veranstaltungsförums in Fürstenfeld – einer ganz wichtigen kulturellen und gesellschaftlichen Einrichtung, die sich die Stadt Fürstenfeldbruck seit gut 20 Jahren „leistet“, deren Defizit sich stetig nach oben entwickelt und im Wirtschaftsplan und Stadthaushalt jetzt über 2 Mio. € ausmacht. Tatsächlich sollte es uns gelingen, die dortigen Erträge aus Vermietung und Sponsoring zu erhöhen, statt nur die Zuschüsse.

Die für das Jahr 2026 im Finanzhaushalt für neue Investitionen aufzunehmenden Kredite im Umfang von rund 12,5 Mio. € sowie die fast vollständige Liquiditätsentnahme in 2027 sind schmerzhaft – zugleich unvermeidbar – weil dadurch die Zinslast im Haushalt auf über 1 Mio. € p.a. steigt. Den Zinsbetrag würden wir viel lieber in die Kinderbetreuung, in Spielplätze oder die Vereinsförderung „investieren“. Es sind nicht

die „Investitionen, die zur Kritik herausfordern, im Gegenteil, sondern deren Finanzierung über neue Kreditaufnahmen. Da wir eigentlich einen deutlichen Überschuss aus unserem Ergebnishaushalt „erwirtschaften müssten“, es aber leider seit Jahren nicht tun, muss sich der Stadtrat dem berechtigten Vorwurf stellen, dass er „über seine Verhältnisse lebt“. Im Interesse einer ordentlichen finanziellen zukünftigen Basis darf das weder zur Gewohnheit werden noch andauern.

Ein großes Lob verdient die Kämmerei mit der zur Systematisierung und Priorisierung eingeführten „Tapete“, eine in Spaltenform aufgelistete Übersicht der finanziellen Ambitionen und Projekte, die sich Stadtverwaltung und Stadtrat vorgenommen haben – ganz Wichtiges findet sich oben, weniger Wichtiges, aber „nice to have“, findet sich unten in der Übersicht. Zur Abarbeitung der Liste müssen der Stadtrat und die ihn tragenden Parteien und Gruppierungen dringend zur Disziplin aufgefordert werden und nicht durch nachträglich gestellte Anträge die Ausgabendisziplin auf den Prüfstand stellen und damit die Planungen durcheinanderwerfen.

Der Fokus, vielleicht nicht komplett, aber doch weitgehend, sollte in den nächsten Haushaltsjahren auf Investitionen liegen, die direkt oder indirekt Geld in die Stadtkasse zurückbringen, also etwa in den Wohnungsbau, PV-Anlagen, Energieeffizienz, die Bauhofverlagerung zur Schaffung des Kultur- und Kreativquartiers auf der Lände sowie in Schulbauten und der Kinderbetreuung.

Im Fazit gesehen ist unser heute hier vorliegender Haushalt keiner zum Jubeln, aber zum Durchschnaufen. Ich möchte Sie alle hier und heute, wie bereits im Hauptausschuss geschehen, herzlich bitten dem Haushalt zuzustimmen, da, wie ich finde, darin das Beste aus der gegebenen Lage gemacht wurde. Ihre von mir erbetene Zustimmung verbinde ich aber zugleich mit der Forderung nach strikter Haushaltsdisziplin aller Beteiligten, auch der gesamten Stadtverwaltung, und dem regelmäßigen Reporting im Finanzausschuss. Darauf sollten wir künftig ein stärkeres Augenmerk richten, als es bisher geschehen ist.

Als Finanzreferent des Stadtrats bedanke ich mich für die guten Gesprächs- und Diskussionsrunden im Vorfeld der HH-aufstellung beim OB und dem Kämmerer, Herrn Eckert. Dass unser Kämmerer vor einigen Monaten in den Arbeitskreis für Finanzen im Städtetag, und vor wenigen Wochen zum Vorsitzenden der oberbayerischen

Kämmerertagung berufen wurde freut mich gleichermaßen für ihn persönlich und unsere Stadt sehr.

Weiterhin sage ich Dank an die Sachgebietsleiterin für die Haushaltsaufstellung, Frau Klein und Frau Dernay, und das Immobilienmanagement bei Herrn Huber, sowie bei Frau Kruse von der Finanzverwaltung, und schließlich den weiteren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung.

Ich bitte den Stadtrat um die Zustimmung zum Doppelhaushalt 2026 und 27 einschließlich aller Anlagen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Prof. Dr. Klaus Wollenberg

Finanzreferent
des Stadtrates

Haushaltsrede des Stadtkämmerers Marcus Eckert
zum Doppelhaushalt 2026/2027 in der Sitzung des Stadtrats am 15.12.2025

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Mitglieder des Stadtrats,
sehr geehrte Damen und Herren,

„Geld ist der Sauerstoff des Gemeinwesens.“

Selten war dieser Satz so treffend wie in diesen Tagen. Wenn wir heute den Doppelhaushalt für die Jahre 2026 und 2027 beraten und beschließen, dann tun wir das in einer Zeit, in der die Luft spürbar dünner wird. Nicht, weil uns in Fürstenfeldbruck die Ideen oder der Gestaltungswille ausgehen, sondern weil die finanziellen Rahmenbedingungen für kommunale Haushalte in ganz Deutschland, und so auch bei uns, immer anspruchsvoller werden.

Ich stehe heute hier, um Ihnen nicht nur die nackten Zahlen dieses umfangreichen Werkes zu präsentieren. Mein Ziel ist es, Ihnen die Mechanik hinter diesem Zahlenwerk zu erläutern – die Zahnräder, die ineinandergreifen, und die Bremsen, die wir lösen oder anziehen müssen, um die Stadt auf Kurs zu halten.

Beginnen wir mit dem „täglichen Brot“, dem **Ergebnishaushalt**.

Auf den ersten Blick sieht das Bild erfreulich aus. Wir planen für das Jahr 2026 mit ordentlichen Erträgen von rund 121,4 Millionen Euro. Das ist ein neuer Rekordwert in der Geschichte unserer Stadt.

Getrieben wird diese Entwicklung vor allem durch zwei Säulen:

Erstens, die Gewerbesteuer. Wir kalkulieren hier mit einem Rekord-Ansatz von 30 Millionen Euro. Ein Betrag, der noch vor wenigen Jahren absolut undenkbar war. Das zeigt: Unsere lokale Wirtschaft ist robust, unsere Unternehmen sind leistungsfähig. Dafür gebührt ihnen unser Dank, denn sie sind das Rückgrat unserer Finanzkraft.

Zweitens, der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer. Hier rechnen wir mit fast 32,7 Millionen Euro. Das bedeutet: Unsere Bürgerinnen und Bürger sind in Lohn und Brot.

Doch als Kämmerer ist es meine Pflicht, Wasser in diesen Wein zu gießen. Denn das Geld fließt fast genauso schnell ab, wie es hereinkommt.

Die ordentlichen Aufwendungen liegen 2026 bei 120,1 Millionen Euro.

Wo bleibt dieses Geld? Drei große Blöcke dominieren unseren Haushalt, und sie sind weitgehend fix:

Der erste Block sind die **Sach- und Dienstleistungen**. Hier schlagen die Inflation der letzten Jahre und die gestiegenen Energiepreise, aber auch Erhöhungen beim Mindestlohn und in der Folge bei Tarifverträgen bspw. im Reinigungsgewerbe voll durch.

22,6 Millionen Euro sind hier veranschlagt, allein um den tagtäglichen Betrieb der Stadt am Laufen zu halten – vom Strom für die Straßenlaternen bis zur Reinigung der Schulen.

Der zweite Block ist das **Personal**. Wir veranschlagen hier rund **33 Millionen Euro**, also gut 1/4 unserer Erträge. Lassen Sie mich deutlich sagen: Das ist kein Zeichen eines aufgeblähten Apparats. Es ist die mathematische Konsequenz der hohen Tarifabschlüsse im öffentlichen Dienst, die wir an unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weitergeben. Gute Arbeit kostet Geld, und wir brauchen Fachkräfte in den städtischen Kitas (1/4 der Ausgaben, 7,5 Millionen), im Bauhof und in der Verwaltung, vom Archiv über das Bauamt bis zur Vergabestelle, vom Standesamt bis zum Friedhof, im Museum und der Bibliothek, um unsere Aufgaben für die Bürgerinnen und Bürger qualifiziert zu erfüllen.

Der dritte und größte Einzelposten sind die **Transferaufwendungen**. Fast **54 Millionen Euro** überweisen wir weiter – primär als Kreisumlage an den Landkreis. Hierfür sind mit 33,3 Millionen Euro nochmal knapp 300.000 Euro mehr als für unser eigenes Personal eingeplant. Gut 14,5 Millionen also auch deutlich über 10 % des gesamten Aufwandsvolumens gehen an Träger von Kindertageseinrichtungen. Unter Berücksichtigung der eingehenden Bundes- und Landesförderung sowie unserer eigenen Einrichtungen geben wir rund 11 Millionen Euro pro Jahr für die frühkindliche Betreuung und Bildung aus und unterstützen damit bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Insgesamt bedeutet das: Von jedem Euro, den wir einnehmen, gehen 43 Cent direkt weiter, ohne dass wir darüber verfügen können. Das schränkt unseren Gestaltungsspielraum im laufenden Betrieb massiv ein.

Unter dem Strich steht für 2026 ein **ordentliches Ergebnis von rund plus 870.000 Euro**.

Wir schreiben also schwarze Zahlen im laufenden Betrieb. Das ist die gute Nachricht: Wir erwirtschaften unsere Abschreibungen. Wir verzehren keine Substanz. Das ist eine Grundvoraussetzung für die Genehmigungsfähigkeit dieses Haushalts und ein Zeichen unserer soliden Planung.

Der eigentliche Kraftakt findet jedoch im **Finanzhaushalt** statt, bei den Investitionen.

Ein Blick auf die entsprechende Übersicht, die „Tapete“, zeigt: Wir investieren massiv, aber wir investieren priorisiert.

Im Jahr 2026 planen wir Auszahlungen für Investitionen von rund 35,3 Millionen Euro.

Wir haben angefangen uns ehrlich zu machen und begonnen streng zu priorisieren nach „Muss“, „Soll“ und „Kann“.

Die „Muss“-Projekte, also unsere Pflichtaufgaben, binden den Löwenanteil:

- Der **Erweiterungsbau der Grundschule Philipp-Weiß** zur Sicherstellung der Ganztagsbetreuung ist mit **6,5 Millionen Euro** allein in 2026 der größte Einzelposten. Bildungsinfrastruktur ist teuer, aber sie ist alternativlos für die Zukunft unserer Stadt.
- Für das **neue Salzsilo** an der Landsberger Straße sind **1,75 Millionen Euro** vorgesehen – eine Investition in die Sicherheit auf unseren Straßen im Winter. Gleichzeitig läuft die Planung für die Bauhofverlagerung auch kostenmäßig an, 3 ½ Million Euro sind hier in den kommenden Jahren vorgesehen.
- Und wir investieren in unsere kritische Infrastruktur: 2 Millionen Euro im Straßenbau, **1 Million Euro** für den Neubau der Brücke „Auf der Lände“ und **1 Million Euro** für die Sanierung unserer Abwasserkanäle.

Hinzu kommen wichtige „**Soll**“-**Maßnahmen**, die wir uns vorgenommen haben, weil sie sinnvoll und notwendig sind:

- Die **energetische Sanierung des Rathaus-Längsbaus** mit **1,2 Millionen Euro**.
- Und die **Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf LED** mit **400.000 Euro**, sowie neue PV-Anlagen auf dem Erweiterungsbau, am Klärwerk und weiteren städtischen Liegenschaften für insgesamt 800.000 Euro. Letztere zwei Punkte sind mir besonders wichtig, denn es sind Paradebeispiele für eine „rentierliche Investition“: Wir geben heute Geld aus, um schon morgen dauerhaft Stromkosten zu sparen.
Das ist gelebte Nachhaltigkeit – ökologisch und ökonomisch.

Wie finanzieren wir dieses ambitionierte Programm?

Aus dem laufenden Betrieb erwirtschaften wir einen Zahlungsmittelüberschuss von rund 4,7 Millionen Euro. Dazu kommen Investitionszuweisungen und Beiträge von gut 13 Millionen Euro.

Doch das reicht natürlich bei Weitem nicht aus. Die Investitionslücke ist groß.

Wir planen daher im Jahr 2026 neue Kredite in Höhe von rund 13 Millionen Euro aufnehmen zu müssen.

Im Jahr 2027 werden wir dann nochmals aus alten Kreditermächtigungen 2,3 Millionen Euro neue Kredite aufnehmen und auch unser Sparschwein mit 11 Millionen Euro schlachten müssen. Nur deshalb ist dieser Doppelhaushalt genehmigungsfrei. Aber weg ist weg, der geleerte Sparstrumpf bleibt leer und damit kommen in der Finanzplanung 2028 /2029 harte Zeiten auf uns zu.

Denn unser Schuldenstand steigt. Und zwar in der Planung rapide und auf nicht mehr genehmigungsfähige Höhen.

Wir bewegen uns hier ohnehin auf einem schmalen Grat. Wir nutzen unsere aktuelle Kreditfähigkeit, um Werte zu schaffen, die über Generationen Bestand haben. Eine Schule, ein Kindergarten, eine Brücke oder unsere Abwasserkanäle werden über 50 bis 80 Jahre genutzt – es ist daher ökonomisch vertretbar, diese auch über Kredite

zu finanzieren. Generationengerechtigkeit bedeutet eben auch, dass nicht die heutige Generation allein die Lasten für Infrastruktur trägt, die noch unseren Enkeln oder Urenkeln dient.

Aber: Die Zeiten billiger Verschuldung sind vorbei. Wir müssen auch die damit verbundene Zinslast im Auge behalten. Für 2026 planen wir bereits mit über 1 Million Euro an Zinsaufwendungen. Das ist Geld, das uns im Ergebnishaushalt für andere Dinge fehlt.

Meine Damen und Herren,

dieser Doppelhaushalt 2026/2027 ist kein „Wünsch-dir-was“. Er ist das Ergebnis harter Abwägungsprozesse und intensiver Diskussionen innerhalb der Verwaltung, den Fraktionen und im Finanzausschuss.

Er zeigt, dass wir als Stadt handlungsfähig sind: Wir investieren, sanieren, gestalten.

Aber er zeigt auch mehr als deutlich unsere Grenzen auf: Die steigenden Personal- und Transferkosten fressen unsere Einnahmезuwächse fast vollständig auf. Die freien Spitzen werden kleiner.

Wir müssen daher im Vollzug dieses Haushalts äußerst diszipliniert bleiben. Die in der „Tapete“ festgelegten Prioritäten sind bindend. Zusätzliche Ausgabenwünsche können wir uns absehbar schlichtweg nicht leisten, ohne die künftige Genehmigungsfähigkeit des Haushalts zu gefährden.

Ich danke meinem Team in der Kämmererei, insbesondere Frau Klein, die ihren letzten Haushalt begleitet hat, und allen Kolleginnen und Kollegen in den Ämtern, die monatelang intensiv an diesem Zahlenwerk gehobelt und gefeilt haben.

Ich danke Ihnen, dem Stadtrat, für die konstruktiven und fairen Vorberatungen.

Ich bitte Sie: Stimmen Sie diesem Haushalt zu. Geben Sie uns das Werkzeug an die Hand, um Fürstenfeldbruck in den kommenden zwei Jahren sicher durch anspruchsvolles Fahrwasser zu steuern. Wir haben gemeinsam den Kurs festgelegt – jetzt lassen Sie uns die Segel setzen und auf günstigen Wind und eine ruhige See hoffen.

Vielen Dank.

HH 2026/27 – Rede BBV

Vor uns liegt der zweite Doppel HH unserer Stadt. Unser Dank gilt der Kämmerei und dabei möchten wir einmal besonders Fr. Klein hervorheben, die ja schon viele Jahre und viele Haushalte unserer Stadt mit erarbeitet hat und sich nun langsam etwas aus der vorderen Reihe zurück ziehen wird.

Es grenzt fast an ein Wunder: trotz nahender Kommunalwahl waren die HH Beratungen von allen Fraktionen relativ unaufgeregt. Die Arbeit mit dem interaktiven HH wird zwar langsam, aber doch zunehmend zur Normalität. Nur einmal wurde sich am Rande darüber aufgeregt, dass die Listen und die früher berückichtigten „Tapeten“ nicht aktualisiert und neu versendet wurden, was jeweils viel zusätzliche Arbeit für die Kämmerei bedeutet hätte. Mein Dank dafür an die Kolleginnen und Kollegen im HFA

Das HH Jahr 2025 konnten wir vor allem wg der erheblich höheren Gewerbesteuer-einnahmen sehr viel positiver abschließen als ursprünglich gedacht. Klar werden wieder einige sagen, dass sei ja jedes Jahr das Gleiche und die Stadt solle endlich mal realistische Planungen vorlegen. Die Realität zeigt aber, dass dies teilweise nicht möglich ist. Ein so hoher Anstieg der Gewerbesteuer wie 2025 war nicht planbar und gleichzeitig liegt hier auch eine gewisse Gefahr für zukünftige Planungen. Es ist daher sehr sinnvoll für die kommenden Jahre nur mit 30 Mio Gewerbesteuer zu rechnen und nicht mit 38 Mio.

Das allein reicht aber nicht aus. Seit vielen Jahren gibt es den Vorwurf, dass im HH Plan die Summe für die Baumaßnahmen viel zu hoch angesetzt wurden und diese nie umgesetzt werden können (2025: 35,2 Mio – Umsetzung liegt wahrsch. bei ca 17 Mio). Die Kämmerei hat begonnen Bereiche des Bauamts in Budgets zusammen zu fassen. Dadurch werden die angesetzten Beträge für die Umsetzung von Baumaßnahmen realistischer für 2026 rd 25 Mio und für 2027 18,5 Mio. Dieser Weg wird weiter verfolgt und auch auf den Tiefbau ausgeweitet.

Besonders positiv: wir haben das erste Mal seit vielen Jahren wieder einen Ergebnis HH, der zumindest ein positives Ergebnis erzielt: 2026 870T€ und 2027 1,8 Mio. Das reicht natürlich für die vielen geplanten Investitionen nicht aus, ist aber ein bedeutender Fortschritt zu früheren Jahren. Das zeigt uns, dass der Weg der HH Konsolidierung, so schmerzhaft er auch ist, erfolgreich ist und wir ihn fortsetzen müssen. Klar kommt die Parkraumbewirtschaftung nicht bei allen in der Bevölkerung positiv an, aber dazu müssen wir stehen. Der Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit übersteigt die ordnungsgemäße Tilgung. Der Schuldenstand der Stadt beträgt zum 31.12.25 25,4 Mio € - womit wir sehr zufrieden sein können

Vor uns liegen aber auch große Aufgaben: Der Anbau der Ph. Weiß Schule läuft planmäßig. Weitere große zukünftige Aufgaben werden der Umzug des Bauhofs, der Bau des KiGa /JUZ Nord werden und ebenso die Sanierung der Amperbrücke, die nach dem hoffentlich positiven Ausgang des Ratsbegehrens schnell begonnen werden muss. Generell gibt es weitere Straßenbauprojekte wie den Sulzbogen Teil II und die Heimstättenstraße die auf die Umsetzung warten und zukünftig auch die Augsburg und Münchner Straße.

Allein schon die Pflichtaufgaben sind ohne Zuschüsse von Bund und Land kaum umsetzbar, da geht es uns nicht besser als anderen Kommunen und für diese Projekte müssen wir auch zukünftig Kredite aufnehmen: 2026 sind rd. 12,5 Mio und 2027 rd.

2,3 Mio geplant. Es wurde bereits gesagt, dass diese Kredite über offene genehmigte Kreditaufnahmen gedeckt sind.

Was fehlt hier im HH Entwurf? Wir finden keine Zahlen zur AO/Eishalle – beides wird in den Investitionen nur in der Rubrik „C“ – Erinnerungspositionen aufgeführt. Sport gehört in Bayern nicht zur Pflichtaufgabe für Kommunen. Es wäre mal wirklich ein Fortschritt, wenn sich die Landtagsparteien für eine Änderung der bayerischen Verfassung einsetzen würden, um das zu ändern. Ohne den Status „Pflichtaufgabe“ fällt es allen Kommunen schwer, die Finanzierung von Investitionen im Sportbereich abzusichern. Wir sind dadurch gezwungen ggf. nach neuen Wegen für eine Finanzierung zu suchen. Ganz sicher wird das eine der ersten Aufgaben des wieder gegründeten Arbeitskreises sein, wenn er hoffentlich sehr schnell nach der Kommunalwahl seine Arbeit wieder aufnimmt.

Fazit:

In diesem Jahr liegt uns ein überaus erfreulicher HH Entwurf für die Jahre 2026/27 vor, der von der Kommunalaufsicht nur zu würdigen und nicht zu genehmigen ist – Ich kenne keinem früheren HH, mit dem wir das geschafft hätten. Die BBV stimmt diesem HH zu und wir hoffen, dass wir diese positiven Entwicklungen auch in den kommenden Jahren fortsetzen können.

Haushaltsrede CSU Fraktion Dr. Jakobs

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung,
liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren Zuschauer
und Zuhörer,

zuerst bedanke ich mich ganz herzlich bei unserem Kämmerer Hr. Eckert und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern seines Amtes für die intensive Arbeit zur Erstellung der Haushaltssatzung 2026/ 2027.

Ein so großes Werk erforderte bestimmt viel Fach-, Detailwissen und großes Engagement, um uns heute, nach langer Zeit ganz anderer Haushalte, erstmals wieder einen Doppelhaushalt vorzulegen, der, wie er uns in seinen Ausführungen mitteilte, "im Ergebnishaushalt signifikante Überschüsse ausweist".

Kompliment - sehr schön und für uns alle hier im Plenum für die nächsten Tage und Wochen, aber auch für einen neuen Stadtrat, ein gutes und beruhigendes Gefühl.

Wie wir alle wissen, steht das Ziel für einen soliden Haushalt unter den Prämissen:

- die finanzielle Stabilität der Stadt zu sichern, um eine übermäßige Neuverschuldung zu vermeiden,
die auferlegten Pflichtaufgaben (siehe u.a. Kinderbetreuung/ Schulen etc.) im täglichen Leben zu erfüllen,
die zukünftigen Aufgaben unserer Kommune abzubilden (hier seien die Investitionen in Bildung/ Infrastruktur/ Wohnen/ Klimaschutz nur exemplarisch genannt),
Handlungsspielräume zu erhalten (gerne durch Bildung finanzieller Rücklagen in Krisenzeiten wie jetzt)
und durch Transparenz für den Bürger verständlich zu sein.

Die Aufstellung dieses Haushalts der Stadt Fürstenfeldbruck ist trotz der nachfolgend benannten großen Herausforderungen gelungen, für die nächsten Jahre dürfte sich das Bild aber eher wieder eintrüben.

- Historisch hohe Defizite sind bei Bund, Land und Kommunen aufgelaufen, sie belasten alle Haushalte und leider erfolgen aktuell keine, oder kaum Kostenübernahmen durch Bund und Land für all die Aufgaben, die von oben verordnet sind - somit sind viele dieser Leistungen aus eigener Kraft zu stemmen. Wir kennen das geflügelte Wort:
"wer bestellt, bezahlt" - nur leider ist es in der Realität ganz anders.
- Die Ausgaben für Sozialkosten, Sozialleistungen steigen seit Jahren kontinuierlich, ja zum Teil exorbitant an, neben weiter zunehmenden Ausgaben für Personal-, Bau- und Betriebskosten.

- Die nun höheren Zinsen, die Inflation und explodierende Energiepreise aufgrund weltweiter Kriegs- und Krisenlagen belasten den Haushalt weiterhin und zusätzlich.

Lediglich die in diesem Jahr und fürs kommende Jahr gezahlten und berechneten Gewerbesteuererinnahmen nebst Schlüsselzuweisungen konnten/ können für diesen ausgeglichenen Doppelhaushalt als wirkliche Entlastung, bzw. Ausgleich gesehen werden, aber ausfallende Gewerbesteuererinnahmen oder Gewerbesteuerrückerstattungen sind weitere, kaum zu kalkulierende Belastungsfaktoren.

Umso mehr freut es uns als CSU Fraktion, dass es Ihnen, sehr geehrter Herr Eckert, gelungen ist, in Zeiten besonderer Krisenlagen, einen soliden, sogar genehmigungsfreien Haushalt aufzustellen

Trotz dieser schwierigen Gesamtlage ist für unseren aktuellen Haushalt positiv hervorzuheben, dass die nötigen Investitionen in Bildung, Infrastruktur, Kultur und Klimaschutz vorgesehen sind und angegangen werden können.

Kritisch muss ich jedoch im Hinblick auf die anschließenden, kommenden Haushaltsjahre anführen, dass durch die weiter stetig steigenden Personalkosten, höhere Zinsen für unsere Kredite, Inflation, steigende Baukosten und anziehende Energiepreise (CO2-Zertifikate) unsere Handlungsspielräume massiv eingeengt werden.

•

Die CSU Fraktion wird dem vorgelegten Haushalt zustimmen, jedoch weisen wir kritisch, ganz sachlich und konkret, auf ein paar Punkte hin, die in unseren Augen nicht ausreichend berücksichtigt sind, nachgearbeitet, bzw. nachgeschärft werden sollten.

In der Vorbereitung dieser Rede habe ich daher meine Fraktionskolleginnen und -kollegen gebeten, mir aus ihrer Sicht und aus dem Bereich ihrer Referate Themen zu benennen, die ich hier punktuell darstellen will, wo wir

Kritische Bereiche sehen und wo enorme finanzielle Risiken für die Stadt liegen (damit steigende Verschuldung/ fehlende Rücklagenbildung)

- B2

In der zur Diskussion stehenden Umverlegung der B2 Richtung Westen und der damit verbundenen Übernahme der alten, maroden, zu ertüchtigenden, denkmalgeschützten Amperbrücke und längerer unsanierter Straßenabschnitte vom Rasso-Gymnasium bis hin zur Augsburg Str./ Höhe Amperbusgelände sehen wir ein Finanzrisiko größeren Ausmaßes, welches unseren Haushalt über Jahre schwer belasten wird.

Wie wir in der kürzlich erst vorgestellten Kostenschätzung / Provisorium/ Container-Anlage Fürsty-Razorbacks sehen konnten, explodierten hier die Schätzkosten von € 400.000 auf nun nahezu € 1.4 Mio.

Es liegt daher sehr nahe, dass die tatsächlichen Kosten für Sanierung von Straßen und Brückenbauwerk die uns genannten geschätzten Kosten bei weitem übersteigen werden und uns finanziell auf lange Zeit belasten werden.

Daher muss m.E. in diesem Punkt offen und ehrlich diskutiert werden, gerade bei dem Punkt Kosten: Wollen wir ernsthaft den Bund aus all seinen Verpflichtungen für Straßen-, Brückenbau und vollständige Kostenübernahme entlassen?

KITA NORD INVESTITIONSSTAU

warum wird nicht mit wesentlich höherer Dringlichkeit/ Intensität durch die Verwaltung das Projekt KiTa Nord angegangen, damit durch den schon seit Jahren beschlossenen Neubau von Kita, Jugendzentrum, Großküche und gefördertem Wohnungsbau erheblichen Missstände beseitigt werden und dringend benötigter Wohnraum zur Verfügung gestellt werden kann.

In der Prioritätenliste ist dieses Projekt leider ganz nach unten verschoben worden. Vermutlich geht man davon aus, dass die Baukosten in Zukunft niedriger sein könnten und Wohnraum ausreichend zur Verfügung steht? Das hat sich aber aus jahrelanger Erfahrung als Fehleinschätzung gezeigt. Aus unserer Sicht ist deshalb hier ein schnelleres Handeln angesagt.

- EINNAHMENSEITE

auch wenn für das jetzige und für das kommende Jahr die Einnahmen aus der Gewerbesteuer deutlich gegenüber den Vorjahren angestiegen sind, welche Sondereffekte es auch sein mögen, so sprechen die Prognosen für die kommenden Jahre eine andere Sprache. Die CSU fragt sich, warum der Oberbürgermeister und die Verwaltung sich so unnachgiebig zeigen gegenüber Unternehmungen hier am/ vor Ort, die am Standort nachhaltig investieren wollen und damit für stetige und steigende Gewerbesteuerzahlungen stehen, darüber hinaus zusätzliche Arbeitsplätze zur Verfügung stellen.

Risikiert man bewusst ein Abwandern von Unternehmen, den Verlust von Steuereinnahmen?

Wir stellen für Fürstenfeldbruck eh eher eine erhöhte Gewerbeabwanderung als Neuansiedlungen fest, damit einhergehend sicherlich zukünftig auch ein Rückgang der Gewerbesteuereinnahmen.

Wenn wir unsere zukünftigen Aufgaben erfüllen und umsetzen wollen, wie Schaffung von bezahlbarem Wohnraum, Einheimischen Modell im Geschosswohnungsbau, nachhaltige Stadtplanung unter besonderer Berücksichtigung von Klimaschutz, Umsetzung von Großprojekten wie Bauhof, Schlachthof, neues Hallenbad und Eishalle, benötigen wir Planungssicherheit durch dauerhafte und stetige Steuereinnahmen.

Jahrelang haben wir die Hoffnung auf neue und ganz besondere Gewerbeansiedlungen im Bereich des Fliegerhorstes gesetzt, dieser Traum ist jedoch ausgeträumt, sodass nun mit echtem Realitätssinn die Unternehmen vor Ort gehalten und gefördert werden, und nicht herausgedrängt werden sollten. Fehlende Steuereinnahmen, somit auch fehlende Gelder für die wirklich wichtigen Bereiche wie Kultur und Sport, lassen kühne Pläne für ein neues Schwimmbad und eine Eissportanlage in weite Ferne rücken.

Wir, die Stadtgesellschaft, stehen in diesen Zeiten vor einer großen Zerreißprobe, nämlich dem Muss zur Erfüllung all unserer Pflichtaufgaben und Investitionen in die Zukunft, bei eher sinkenden Einnahmen und damit massiven Einsparungsvorgaben.

Lassen Sie uns daher die uns gestellten Aufgaben konstruktiv und engagiert angehen zum Wohl unsere Stadt und unserer Bürger.

Zum Schluss etwas Aufmunterndes:

Nicht immer erreichen uns so positive Nachrichten aus dem Bayerischen Landtag, wie in den vergangenen Tagen, in der unsere CSU-Bundestagsabgeordnete Katrin Staffler und unsere CSU Landtagsabgeordneten Miskowitsch und Dorow mitteilen, dass aus Schlüsselzuweisungen 2026 und dem Sondervermögen des Bundes 2026 ca. € 8.500.000 der Großen Kreisstadt Fürstenfeldbruck zufließen werden. Mein besonderer Dank gilt hier unserer von der CSU geführten Landesregierung für ihren Einsatz und es sollte unserer aller Bestreben sein, mit diesen Geldern klug und nachhaltig für unsere Stadt und unsere Bürger zu investieren.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit

Haushaltsrede Doppelhaushalt 2026/2027

Jan Halbauer, GRÜNE

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

zunächst ein ehrlicher Dank an die Kämmerei, an Herrn Eckert, Frau Klein und ihr Team.

Was Sie uns vorgelegt haben, ist handwerklich sauber, meist transparent und – nach den letzten Jahren – spürbar stabiler als vieles, was wir hier sonst beraten haben.

Und ja:

Der vorliegende Doppelhaushalt 2026/2027 markiert eine Zäsur.

1. Eine Zäsur – aber keine Zeitenwende

Zum ersten Mal seit Jahren schreiben wir im Ergebnishaushalt wieder signifikante Überschüsse.

Die dauernde Leistungsfähigkeit ist gegeben, der Haushalt ist genehmigungsfrei.

Nach Jahren der Defizite, der Rücklagenentnahmen und der mahnenden Worte der Kommunalaufsicht ist das zunächst einmal eine gute Nachricht.

Man merkt: Der Druck der letzten Jahre hat gewirkt.

Aber wir sollten ehrlich bleiben:

Das ist keine Zeitenwende – das ist eine Atempause.

Oder etwas volkstümlicher gesagt:

Auch ein blindes Huhn findet manchmal ein Korn.

Diese Stabilität ist kein neues Fundament.

Sie ist vor allem das Ergebnis harter Konsolidierungsentscheidungen – und eines außergewöhnlich guten Gewerbesteuerjahres.

2. Doppelhaushalt: Ruhe im System – mit Nebenwirkungen

Dass wir wieder einen Doppelhaushalt beschließen, bringt Planungssicherheit.

Für Verwaltung, Schulen, Kitas, Vereine ist das wichtig.

Aber ein Doppelhaushalt hat auch eine Nebenwirkung, über die man offen sprechen muss:

Er macht es leichter, Entscheidungen zu strecken,

Probleme zu vertagen,

und Verantwortung auf „das nächste Jahr“ zu verschieben – obwohl es faktisch mitbeschlossen wird.

Deshalb ist nicht entscheidend, *dass* wir einen Doppelhaushalt haben.

Entscheidend ist, was wir daraus machen.

3. Woher kommt die Stabilität – wirklich?

Der Haushalt ist genehmigungsfrei –

aber nicht, weil wir schuldenfrei wären.

Er ist genehmigungsfrei, weil durch die gesetzliche Verlängerung alter Kreditermächtigungen

die geplanten Kreditaufnahmen bereits abgedeckt sind.

Das verschafft uns Luft – ersetzt aber keine strukturelle Stärke.

Ein Haushalt ist wie ein Röntgenbild:

Man sieht nicht nur, was glänzt – sondern auch, wo es schmerzt.

4. Die Ausgabenseite: Spielräume sind schnell gebunden

Wer genauer hinschaut, erkennt:

Die neu gewonnenen Spielräume sind dünner, als sie wirken.

Allein über 33 Millionen Euro Kreisumlage im Jahr 2026 –
Geld, das wir nicht gestalten, sondern weiterreichen.

Dazu rund 33 Millionen Euro Personalaufwendungen –
notwendig, richtig, aber strukturell dauerhaft.

Mehr als die Hälfte unserer ordentlichen Aufwendungen fließt
inzwischen in Transferleistungen.

Das zeigt sehr deutlich:

Ein großer Teil dieses Haushalts entzieht sich politischer Gestaltung.

Gerade deshalb ist es umso wichtiger,
den verbleibenden Spielraum konsequent zu steuern.

5. Investitionen, Schulden – und die unterschätzten Folgekosten

Im Finanzhaushalt zeigt sich die Kehrseite der notwendigen
Investitionsoffensive.

Trotz verbesserter Ertragslage reicht der Überschuss nicht aus,
um Schulen, Kitas und Infrastruktur aus eigener Kraft zu stemmen.

Die Netto-Neuverschuldung ist unvermeidbar,
wenn wir den Investitionsstau nicht weiter anwachsen lassen wollen.

Aber zur Wahrheit gehört auch:

Investieren heißt nicht nur bauen –
investieren heißt dauerhaft zahlen.

Die Abschreibungen steigen zeitweise auf deutlich über zehn
Millionen Euro jährlich.

Das sind laufende Belastungen für den Ergebnishaushalt – Jahr für
Jahr.

Und auch die Zinsen wirken aktuell beherrschbar,
aber sie sind eng an unseren steigenden Schuldenstand gekoppelt.
Die Zinsen schlafen gerade – aber sie schlafen nicht für immer.

6. Investitionsstau – eine Führungsfrage

Viele Bürgerinnen und Bürger haben nicht das Gefühl,
dass hier zu wenig beschlossen wird –
sondern dass zu wenig ankommt.

Projekte stehen im Haushalt,
wandern von Jahr zu Jahr,
bekommen neue Ansatznummern –
aber draußen ändert sich wenig.

Und das ist kein neues Phänomen.
Es begleitet diese Stadt seit Jahren –
über mehrere Oberbürgermeister hinweg, unabhängig von Parteien.

Deshalb sage ich bewusst so klar:
Investitionsstau ist kein Geldproblem.
Investitionsstau ist eine Führungsfrage.

7. Bodenpolitik, Umsetzung und blockierte Stadtentwicklung

Wenn wir über Wirkung des Haushalts sprechen,
dann geht es nicht nur um einzelne Projekte,
sondern um die Frage, wo wir strategisch steuern – und wo wir uns
selbst blockieren.

Im Doppelhaushalt finden sich Projekte, die sinnvoll zum Abschluss
kommen sollen,
etwa der Erweiterungsbau der Grundschule Philipp-Weiß
und die Photovoltaikanlage am gleichen Standort.

Das sind gute Investitionen:

in Bildung, in Klimaschutz und in dauerhaft niedrigere Betriebskosten.

Gleichzeitig sehen wir sogenannte durchlaufende Posten,
zum Beispiel 500.000 Euro jährlich für Vorkaufsrechte.

Das Instrument ist richtig –

aber aus meiner Sicht zu zaghaft eingesetzt.

Ich habe bewusst einen Antrag auf 2 Millionen Euro jährlich gestellt.

Nicht aus Prinzip, sondern aus Überzeugung.

Denn ohne eine aktive kommunale Bodenvorratspolitik

bleibt vieles von dem, was wir politisch wollen, Theorie:

Genossenschaften, Baugruppen, geförderter preisgünstiger
Wohnraum, Einheimischenmodelle.

All das funktioniert nicht, wenn die Stadt nur reagiert,

sondern nur dann, wenn sie frühzeitig Zugriff auf Grund und Boden
hat.

Ein weiteres Beispiel, wie eng Haushalt und Stadtentwicklung
zusammenhängen, ist die Verlagerung des Bauhofs.

Noch bis 2028 finden sich hierfür Haushaltsreste in der
Investitionsplanung.

Das bedeutet ganz konkret:

Solange der Bauhof nicht vollständig verlagert ist,

stockt auch die Entwicklung des Quartiers Aumühle / Auf der Lände.

Hier liegt eine der spannendsten innerstädtischen Flächen unserer
Stadt –

und sie bleibt blockiert,

nicht aus mangelndem Willen,

sondern aus mangelnder Konsequenz in der Umsetzung.

All das zeigt:

Haushalt entscheidet darüber,

ob wir gestalten – oder ob wir nur verwalten.

8. Fliegerhorst: Stillstand mit Ansage

Das größte Beispiel für strukturellen Stillstand bleibt der Fliegerhorst.

Und hier sage ich ausdrücklich:

Das ist nicht allein ein kommunales Versäumnis.

Der Bund – konkret das Verteidigungsministerium –
hat mit seinem Zögern und seinem diffusen „Standortdialog“
dieses Projekt faktisch auf Eis gelegt.

Kein Zeitplan.

Keine Verlässlichkeit.

Keine Entscheidung.

Und währenddessen fehlt Wohnraum,
wächst der Druck auf bestehende Quartiere
und verlieren wir wertvolle Jahre.

Ein Standortdialog ersetzt keine Entscheidung.

Und wer Entscheidungen verzögert, entscheidet trotzdem –
nur gegen die Kommunen.

9. Klimaschutz & Energiewende: Wertschöpfung vor Ort

Zum Schluss ein Bereich,
in dem sich Haushaltsdisziplin, Zukunftspolitik und kommunale
Wertschöpfung besonders gut verbinden lassen:
Klimaschutz und Energiewende vor Ort.

Klimaschutz ist längst keine ideologische Debatte mehr.
Er ist eine wirtschaftliche Notwendigkeit – gerade für Kommunen.

Unsere Stadtwerke spielen dabei eine Schlüsselrolle.
Der Ausbau von Photovoltaik und Windkraft und Geothermie
bedeutet nicht nur CO₂-Reduktion,

sondern stabile Einnahmen, regionale Wertschöpfung und mehr Unabhängigkeit von externen Energiemärkten.

Jede Kilowattstunde, die wir hier vor Ort produzieren, ist Geld, das in der Region bleibt – statt an internationale Märkte abzufließen.

Oder anders gesagt:

Mit grünen Ideen schwarze Zahlen schreiben – das ist keine Vision, das ist kommunale Realität.

10. Schluss

Meine Damen und Herren,

dieser Doppelhaushalt ist besser als viele zuvor. Aber er ist kein Grund zur Selbstzufriedenheit.

Als Oberbürgermeisterkandidat sage ich klar:
Haushaltsführung ist mehr als Verwaltung.
Haushaltsführung ist Führung.

Das Korn ist gefunden.
Jetzt entscheidet sich,
ob wir es aufessen –
oder ob wir daraus Zukunft säen.

Wir GRÜNE stimmen dem Doppelhaushalt zu.

Vielen Dank Ihre Aufmerksamkeit.

Haushaltsrede 2025 FW, Markus Droth Fraktionsvorsitzender

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Mitbürgerinnen und Mitbürger,

auch von unserer Seite ein herzliches Dankeschön an die Damen und Herren der Kämmerei unter der Leitung von Herrn Eckert für die Erstellung des Haushaltes und die Zusammenarbeit in den Sitzungen.

Das Beschliessen von Haushalten ist immer auch der Anlass zu einer Gesamtbewertung der Arbeit im Stadtrat und des Oberbürgermeisters.

Uns, den Freien Wählern, geht es darum, Lösungen für die unmittelbaren Probleme der Menschen aufzuzeigen und gleichzeitig Zukunftsperspektiven zu schaffen. Zentraler Punkt hierbei: die Kommunikation und die immer wieder betonte Bürgerbeteiligung.

Wir meinen: es muss zu allererst die Ernsthaftigkeit dahinter stehen, Menschen zu beteiligen darf nicht zur Floskel werden. Und da sind wir auf dem besten, sprich schlechtesten Weg: wir verlieren die Bürger und Bürgerinnen, wenn wir nicht verbindlich sagen: Ihr könnt Euch zu den Punkten x y in der Form abc einbringen. Kommunikation im öffentlichen Bereich braucht ERNSTHAFTIGKEIT und NACHVOLLZIEHBARKEIT, auch und gerade beim Haushalt.

Dies vermissen wir in der politischen Arbeit seitens der Stadtspitze, wir haben da nämlich eine ganz eine andere Wahrnehmung.

Thema Gewerbeentwicklung: hier vertrauen wird darauf, dass die Gewerbesteuern anhaltend hoch bleiben. Aber was ist an wirklichen Zukunftsplanungen im Gewerbebereich geschehen? Aktuell haben

wir mit den zusätzlichen Einnahmen aus der Gewerbesteuer einfach Glück gehabt. Das kann es aber nicht als solide Planungsgrundlage sein.

Ich kann es nur immer wieder gebetsmühlenartig wiederholen: wir dürfen uns nicht alleine auf andere verlassen, gar nicht erst beim Fliegerhorst. Leider habe ich Recht behalten.

Der Fliegerhorst ist weggefallen, wir müssen rasch eine Gewerbeflächenplanung aufsetzen. Das Gewerbeflächenkonzept, das wir erstellen lassen haben, hat bis 2040 einen Bedarf von rund 18 ha Gewerbeflächen erbracht, nur ein Teil kann durch am Markt verfügbare Flächen gedeckt werden.

Bei der Gewerbeflächenentwicklung haben wir nun Versäumnisse. Da wurden auch die Inhaber in ihren bestehenden Betrieben nicht mitgenommen. Vorschläge liegen vor, gerade zur Nachverdichtung in der Hasenheide. Wir sagen: mehr Kerner-Arbeit am Menschen als schöne Wettbewerbe.

Hoffentlich holt uns nicht die Realität in den nächsten Jahren ein, was katastrophale Rückwirkungen auf den Haushalt hätte.

Zum Thema Verkehr und Strassenbau:

Ich möchte hier nur am Rande auf die B2 eingehen, aber mit einem gemeinsamen Ratsentscheid wäre das Thema im Herbst entschieden gewesen.

Aber die mangelnde Transparenz und das mangelnde Ernstnehmen der Bürger setzt sich fort: Thema Sanierung Sulzbogen.

Wir hatten hierfür Planungskosten in 2024 und 2025 von insgesamt 410.000 € eingestellt. Es fand im September 2024 im Pfarrsaal von St. Bernhard die Vorstellung und Einbindung der Bürger statt. Und dann?

Jetzt müsste man doch davon ausgehen: in 2026 geht's los, da rücken die Bagger an!!

Ich hatte in der HH-Beratung gefragt und leider keine Antwort bekommen, denn: im Mehrjahresinvestitionsprogramm steht immer nun und immer noch: auf Seite 53: Realisierung in 2028 und 2029, mit je 1,5 Mio €.

Werte Kolleginnen und Kollegen, so verlieren wir die Menschen. Es wurde auch dort in der Öffentlichkeit ein anderer Zeitfahrplan vorgestellt, eine andere Kommunikation gegenüber der Bürgerschaft hat nicht stattgefunden.

Wir möchten eine andere Schwerpunktsetzung, damit der Brucker Westen nicht wieder zum Verschiebebahnhof wird, und stellen den Antrag, die Realisierung in 2027 und 2028 umzusetzen. Dort können wir es uns leisten und bereits in den Doppelhaushalt aufnehmen.

Davon machen wir unsere Zustimmung abhängig. Es geht beim Haushalt mehr als um Finanzen. Es geht um Perspektive und Ernsthaftigkeit. Deshalb bitten wir um Zustimmung für diese Verschiebung und Neuaufnahme in den Doppelhaushalt.

Herzlichen Dank

Haushalt Rede 20206-2027

STR Lohde, Fürstenfeldbrucker Mitte

sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, Liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich muss zugeben, ich habe eine Wette verloren und zwar habe ich letztes Jahr vor 2 Jahren in meiner Haushaltswette gewettet. Der nächste Doppelhaushalt wird bestimmt erst nach der Kommunalwahl beraten und verabschiedet. Wir müssen da Obacht geben. Vorsichtig sein, das ist nicht der Fall. Der schwätzende Oberbürgermeister hat tatsächlich hier Wort gehalten und sein Kämmerer die Verabschiedung findet vor dem Haus, vor dem vor der Wahl statt, der Kommunalwahl, dass der Termin in der Woche vor Weihnachten platziert wurde, das wäre nicht ganz so optimal. Aber da müssen wir jetzt alle gemeinsam durch was? Was vielleicht nicht ganz so eingehalten wurde. Herr Eckert, unseres Erachtens waren über das Versprechen, was sie uns. Gegeben hatten wir hatten das letzte Mal ein bisschen die Herangehensweise und das Erarbeiten des Haushalts kritisiert. Da hatten sie dann gesagt, okay sie, wir geloben da Besserung, das konnten wir jetzt bei den Beratungen trotz des ganzen Lobes hier nicht so wirklich feststellen zumindest nicht so. Wie wir uns das gewünscht hatten. Ich gebe das nur mal zum Verständnis wieder, wir sind alle mehr oder mehr oder weniger lange im Stadtrat, bei mir sind es bald 24 Jahre und in der Vergangenheit haben wir beim kommunalen Haushalt für unsere Haushaltsberatungen Ergebnishaushalt, Finanzhaushalt pro. Haushaltsabteilung ungefähr so 3 - 4 Beratungssitzungen gebraucht, um intensiv in die Materie einzusteigen. Nicht weil wir darauf stehen und sagen, zu Hause sind wir nicht gewollt und wollen gerne ins Gremium, sondern um intensiv einzusteigen und den Haushalt auch so wie es die Bayerische Gemeindeordnung von uns mal Mandatsträgern fordert, zu durchdringen, gedanklich zu durchdringen, das galt für ein Haushaltsjahr ungefähr so 6 vorberatende Sitzungen für diesen Doppelhaushalt haben wir. Wir 2 Sitzungen uns genehmigt und es wird darauf hingewiesen auch den interaktiven Haushalt. Da kann man sehr viel Hausaufgabe machen, zu Hause studieren, so interaktiv. Wie wir ihn uns gewünscht haben, ist er gar nicht. Die Suchfunktion funktioniert nicht so tadellos, also ich würde es nur mitgeben. Sie sind in der Materie drin, wir auch, mehr oder weniger, können vielleicht Bilanzen lesen, beschäftigen uns mit Haushaltsfragen, aber für das tatsächlich Tiefe überbringen, hätten wir uns da die eine oder andere ja Stunde und vielleicht auch Beratung gewünscht. Da können wir vielleicht gemeinsam beim nächsten Mal ein bisschen intensiver darauf eingehen. Der Haushalt ist ein historischer, nicht nur wegen der geringen Vorberatung und. Sondern eben auch deswegen, weil wir hier einen positiven Haushalt haben bzw weil eine Genehmigungspflicht dieses Haushalts, wie von vielen schon gesagt, nicht im Raume steht, weil er ausgeglichen ist, weil sowohl für 2026 als auch 2027 der Satzungsentwurf in den Saldi einmal 900.000 und einmal 1.9 Millionen aufweist. Wie kommt es dazu? Vielfach schon gesagt, Auswärtsdisziplin wie kommt es dazu? Ich kann es Ihnen jetzt sagen, der Oberbürgermeister hat die BBV mehr im Griff als sein Vorgänger, das liegt in der Natur der Sache, dadurch gibt es keine spinösen Anträge kurz vor 12, sondern sie fühlen sich auch der Realität verpflichtet oder sind zur Realität verpflichtet und wir gehen mit soliden Ideen und Entwürfen in die Beratungen schon einmal hinein. Dennoch zeigen die Zahlen Handlungsbedarf. Bund und Länder versuchen in Sondervermögen und Sonderförderprogrammen, den Kommunen unter die Arme zu greifen, die Inflation steht auch im Bericht drin, haben sie aufgeführt, Herr Eckert wird steigen. Die finanzielle Lage der Kommune

muss, kritisch gesehen werden. Langfristig. Und dies spricht der Vorbericht von ihnen am Rande kurz an, werden 2 - 3 weitere wichtige Faktoren empfindliche Auswirkungen auf Fürstentfeldbruck haben. Die Arbeitslosenzahlen sind von 2020 mit einer kurzen Entspannung, 21 und 22 in 2023 und 24 wieder angestiegen und sie werden prognostiziert weiter zunehmen. Für die Politik auf kommunaler Ebene ein klares Signal, dass wir eine aktive Wirtschaftspolitik brauchen und bei Ansiedlungs- und Erweiterungsvorhaben von Unternehmen deutlich mehr ins Machen kommen müssen. Wir müssen gemeinsam Wege für eine schnelle und unbürokratische Realisierung von Vorhaben finden. Wir müssen klar und deutlich erkennen, dass es neben Naherholung und Klimaanpassung, die ich beide nicht in Abrede stellen will, in keinster Weise auch verstärkt noch andere Kriterien gibt, die für eine wirtschaftsfreundliche kommunalpolitisch sprechen. Auch aus diesem Grund hatte ich übrigens für die mittelfristige Verlagerung und Übertragung der unbefristeten Betriebserlaubnis des Kieswerks II am Pucher am Meer ans Kieswerk I in der Rothsweig gekämpft oder dies auch angeregt, weil wir eben Arbeitsplätze brauchen und weil wir Arbeitsplätze brauchen in allen Bereichen und in allen Sparten. Ich will nicht rechthaberisch klingen, wenn ich behaupte, hätten wir uns als Stadtrat in 2014 / 2015. Mit Mehrheit, aber durchaus knapper Mehrheit nicht für die Erweiterungspläne eines wichtigen Brucker Betriebes entschieden und stattdessen dem nicht allzu hochwertigen Gehölz in der Hasenhalde den Vorzug gewährt, dann sähe die Bilanz unserer Einkommensteuer und unserer Gewerbesteuer folglich unserer Finanzlage heute deutlich schlechter aus. Mehr Mut für wirtschaftsfreundliche Politik ist da das Gebot der Stunde. Aber auch auf der Ausgabenseite müssen wir vernetzt denken. Den Abbau von Stellen in denselben Bereichen, die in denselben Bereichen beim Landkreis bereits stattgefunden hat, haben wir versäumt. Das liegt zwei, drei, vier Jahre zurück. Hier war die Stellenkommission des Landkreises schneller, das Ringen ja fast schon der Kampf um die Realität und um ein wirtschaftliches Konzept für den Neubau des Bauhofes war zäh und aufreibend. Grundsätzlich gilt hier der Dank auch an Oberbürgermeister und Gremium, dass eine Stadtratsmehrheit. Das von Albert Bosch und mir beantragte Vorhaben der Verlagerung 2014 beantragte Vorhaben der Bauhofverlagerung schon nach 10 Jahren aufgegriffen hat. Doch auch bei diesem Vorhaben scheint, wurde auch schon ein bisschen angesprochen, scheint es mir, dass den Verantwortlichen die Puste oder der Mut ausgeht. Jetzt glaubte man beim Bauhof, ist alles klar und wir gehen zügig voran. So ist es leider nicht. Blickt man auf die ausgereifte Aufstellung, Prioritätenliste, Aufstellung A, Fortsetzung laufender Maßnahmen, geht es mit dem Bauhof wieder nur eher etwas schleppend voran. Von den angesetzten 27 Mio. wird im kommenden Jahr nur 1 Mio. eingestellt, dabei werden die Zustände im bestehenden Baubetriebshof zunehmend untragbar. Schon aus Gründen des Arbeitsschutzes müsste der Neubau mit höchster Priorität vorangetrieben werden, ganz abgesehen von dem Freiwerden des und umzuplanenden Areals. Schauen Sie sich mal die Böden in den Verwaltungsbereichen oder in den Sozialräumen an. Fragen Sie die Mitarbeiter des Bauhofes mal nach den sanitären Anlagen. Wir Stadträte, wir alle, haben auch eine Fürsorgepflicht gegenüber den Mitarbeitern der Stadt, sind sie ehrenamtlich oder hauptamtlich tätig? Ach ja, weil wir gerade in einem Bauhof sind, man könnte die Bauhofmitarbeiter auch einmal fragen, wo denn nach diesem Winter das Kehrgerät hinkommt, der Split, der bei uns auf den Straßen liegt. Der im Winter hier das Wegrutschen verhindert. Der wird übrigens nur zu Informationen Richtung Allgäu gefahren. Weil dort in der Urlaubs- und Tourismusregion vorderhalb, der Grün bematteten Almen, eine Bodenwaschanlage. Betrieben wird. Auch deswegen wäre

übrigens der Tausch der unbefristeten Betriebserlaubnis durchaus sinnvoll gewesen. Final, sehen wir noch die demografische und wirtschaftliche Entwicklung der Stadtbevölkerung als große Herausforderung. Die Zahlen, die auch im Bericht richtigerweise aufgeführt werden, ich möchte Sie ein bisschen hervorheben, weisen auf eine Entwicklung hin, die wir als Kommune ernst nehmen müssen und der wir begegnen müssen. Der Anteil der älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger wird zunehmen. Hier braucht es tragfähige Konzepte gegen Vereinsamung und auch Verarmung in unserer Gesellschaft und vor allem bei dieser Gesellschaftsgruppe. Unter dem Hinweis auf noch mal etwas mehr Transparenz und intensiver Beratung sowie mit der Feststellung, die haben sie immer noch mal geschrieben. Danke dafür. Mit der Feststellung, dass die Mittel für die Machbarkeitsstudien Erweiterung Feuerwehr, Puch und Erweiterung Feuerwehr Fürstenfeldbruck Wache 1 mit Katastrophenschutzhalle im Projekt Entwicklungsbudget des Sachgebiets 24 in ausreichender Höhe hinterlegt sind werden wir dem Haushalt zustimmen.

Haushalt Rede 20206-2027

Herr STR Heimerl, SPD

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, auch von unserer Seite natürlich zu Beginn. Der übliche Dank an die Verwaltung für die intensive Vorarbeit und für die Begleitung in den Sitzungen. Ich würde tatsächlich auch gerne etwas allgemeiner beginnen, nämlich die Haushaltsberatungen, denn hier in dieser Stadt inzwischen ablaufen. Es ist vielleicht auch so, das hat man vielleicht auf den Reden jetzt sowohl des Oberbürgermeisters als auch des Finanzreferent insbesondere entnommen. Der Stadtrat ist ja mehr so ein störendes Element in diesen Haushaltsberatungen, wenn ich das so zusammenfassen darf, weil meistens fallen uns dann noch irgendwelche blöden Ideen ein, wie wir die Stadtgesellschaft voranbringen wollen? Oder wir haben vielleicht selber Vorstellungen, wie man insgesamt Investitionen verteilen könnte, oder aber wir haben Nachfragen oder wir wollen vielleicht gar noch selbst im Ergebnishaushalt Dinge anpassen, und das verändert dann vielleicht den Zeitplan, man kommt nicht mehr in 2 Sitzungen durch, der Kollege Lohde hat es schon angesprochen, früher waren es deutlich mehr Sitzungen. Weil damals vielleicht auch noch der ein oder andere tiefer in den Haushalt eingestiegen ist. Oder vielleicht noch das ein oder andere verändern wollte. Das wird heute, ist eher verpönt. Ja, also selbst die kleinsten Versuche noch Dinge abzuändern, werden dann mit einem großen roten Tuch sofort gekennzeichnet, man wird quasi ins Abseits gestellt, weil man ja die Genehmigung des Haushalts sofort gefährdet. Jegliche Veränderung führt quasi zum sofortigen Abbruch sämtlicher Gespräche. Die Stadt Fürstenfeldbruck wird handlungsunfähig, wenn wir nicht heute alle zustimmen, stehen wir quasi als verlorene Stadt des Landkreises da. Von dem her dieses Drohszenario, dass ja nicht nur heute, sondern tatsächlich in allen Haushaltsberatungen, auch in jeglichen Vorgesprächen immer wieder an die Wand gemalt wird, vermittelt vielleicht auch dem ein oder anderen Kollegen der ein oder anderen Kollegin hier den Eindruck, dass man sich im Bereich des Haushalts vielleicht auch gar nicht mehr so tief einbringen sollte, um eben die Stadt Fürstenfeldbruck nicht in den Ruin zu stürzen. Aber meine lieben Kolleginnen und Kollegen, es ist halt auch so, dass wir das mit uns machen lassen, wenn ich das mal so in den Raum stelle. Die Möglichkeit, in den Sitzungen noch auf den Haushalt einzuwirken, insbesondere in den vorberatenden Sitzungen, wird durch die wenigsten genutzt, es werden vielleicht noch mal allfällige mit verschmitztem Grinsen Fragen gestellt, ob denn da noch vielleicht irgendwas drin ist. Alles andere wird dann. Widerspruchslos abgelegt auch. Heute. Ist ja die große Stimmung eher derer, dass man vielleicht über das ein oder andere hinwegsieht und dann im Haushalt auf jeden Fall zuzustimmen. Also insgesamt ist da die Taktik ja offensichtlich dann auch aufgegangen. Was die Zahlen angeht, wurde ja schon sehr vieles gesagt. Ich möchte aber tatsächlich auch noch mal auf das Thema Gewerbesteuer eingehen. Ja, wir haben einen großen Sprung gemacht, aber es liegt ja jetzt nicht daran, dass wir in den letzten Jahren unendlich viele neue Unternehmen hier in der Stadt angesiedelt hätten, sondern dass die bestehenden Unternehmen offensichtlich gute Jahre hatten, was vielleicht auch durch die ein oder andere Arbeit der Stadt zu erklären ist. Aber letztlich glaube ich vor allem eben durch diese Unternehmen, die eben ihre Wirtschaftstätigkeit nachgekommen sind. Die große Ansiedlungsoffensive habe ich zumindest nicht wahrgenommen. Vor dem Hintergrund ist es tatsächlich die Frage, das haben ja verschiedene Vorredner auch schon erwähnt, was machen wir denn insbesondere eben vor dem Hintergrund, dass der Fliegerhorst. In den nächsten 20, 30, 40, 50 Jahren nicht zur Verfügung steht,

das heißt, die Gewerbeansiedlung werden wir irgendwo auf dem Stadtgebiet umsetzen müssen. Aber auch das ist uns ja schon länger bekannt. Es gab ja bei einem Wirtschaftsentwicklungskonzept durchaus schon Hinweise, dass wir quasi zusätzlich zum Fliegerhorst quasi noch mal dieselbe Menge an Fläche bräuchten, um all die Unternehmen zu bedienen die sich bei uns ansiedeln wollen würden und die wir vermutlich auch benötigen würden, um eben letztlich genügend Steuereinnahmen zu haben, um dann allen Leistungen auch gerecht zu werden. Denn es ist nämlich auch so, dass auch, wenn viele hier voll des Lobes sind darüber, dass die Verwaltung, und das mag tatsächlich auch so sein, an manchen Stellen Luftnummer aufgelöst hat. Aber wenn ich mir dann beispielsweise die Beratungen zum Stellenplan anschau, der jetzt zwar als Nachtragshaushalt genehmigt wurde, aber es sei trotzdem noch erwähnt, dass dort schon die eine oder andere Stelle drin war, wo dann auch Nachfrage aus dem Gremium, wo durchaus kritisch diskutiert wurde, dann nicht so richtig erklärt werden konnte, warum es diese Stelle braucht, beziehungsweise auf interne Strukturen verwiesen wurde, die halt so sind, wie sie sind und so richtig verändern wollte man das nicht, also von dem her ist da tatsächlich schon auch die Frage, ob dann da tatsächlich die Personal, auch wenn der Herr Kämmerer auch richtig sagt, dass eine wachsende Stadt natürlich auch steigende Personalkosten hat, einfach weil neue Leistungen dazu kommen. Aber ob jede Stelle richtig ausgeschrieben ist bzw. jede Stellenmehrung gleich notwendig ist, ist dann tatsächlich schon auch die Frage, wie man sich da so stellen muss. Und dann ist tatsächlich schon auch ein Punkt, der Kollege Schwarz hat zu Beginn einmal gesagt und die Kollegin Geißler hat so ein bisschen Verdruckst in ihrer Rede gesagt, wir kommen am Ende jedes vorläufigen Haushaltsergebnisses und dann auch in den ja inzwischen ja für 2018 zumindest vorliegenden Haushaltsabschlüssen, eigentlich zu den Ergebnissen, dass wir deutlich besser dastehen als das, was wir gedacht haben. Also sprich jegliche Konsolidierungen, die wir unter großen Schmerzen uns aus den Fingern gezogen haben wäre eigentlich nicht notwendig gewesen. Jede Kürzung bei den Vereinen, jede Kürzung bei Förderungen, die hier mehrheitlich beschlossen wurden. Wäre dann so nicht notwendig gewesen, wenn das Ganze etwas klarer gemacht worden ist. Wir werden sehen, wie sich das in den nächsten Jahren auswirkt. Das sind ja etwas hinterher, was die Haushaltsabschlüsse angeht, vielleicht kommen wir da aber noch hin. Ich hoffe mit den neuen Stellen, dass wir da deutlich schneller werden dann. Ist es ja auch so, dass wir als SPD Fraktion noch 2 Anträge gestellt haben. Wir hatten das schon mal in während den Haushaltsberatungen eingebracht, der Kollege Schwarz hat den auch nochmal, eben für diese Sitzung noch mal gesammelt, gestellt. Das eine ist, dass wir bei der Sportförderung eine Erhöhung um 63.000 Euro fordern und das andere wäre eine Machbarkeitsstudie für Wegeverbindungen entlang der Amper um 50.000€. Das wiederhole ich jetzt noch mal hier mündlich, schriftlich ist es glaube ich schon am 1.12.2025 eingegangen. Dass es hier im Rahmen der Haushaltsberatungen noch mal abgestimmt wird, diese beiden Anträge also hier noch mal mündlich gesagt, ich weiß gar nicht, ob es an alle versendet wurde, aber ich glaube an sie ist es gegangen Herr Oberbürgermeister. Vor dem Hintergrund jetzt nur noch mal quasi formell hier auch vom Rednerpult. Insgesamt möchte ich aber und das ist schon so, der Haushalt hat natürlich seine positive Entwicklung, dass wir endlich mal wieder einen Überschuss im Ergebnishaushalt haben. Das sei auch gar nicht in Abrede gestellt. Aber letztlich sind trotzdem eben noch so viele Dinge zu tun. Der Investitionsstau wurde kurz angesprochen, wir haben ja nur deswegen in den. Vergangenen Jahren insbesondere positive Ergebnisse erzielen können, weil wir einen Investitionsstau hinter uns herziehen, das Eisstadion,

die Schwimmhalle wurde schon genannt, andere Themen auch. Deswegen belasse ich es da relativ kurz dabei. Ja, wir haben riesige Aufgaben. Wir müssen den Haushalt deswegen auch weiter an den richtigen Stellen entschlacken und da tatsächlich in die dann für die notwendigen Investitionen die Möglichkeiten zu haben, wenn. Die CS U ihrer Bundestagsabgeordneten dankt. Dann danke ich unserem Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen, dass er rechtzeitig die finanziellen Mittel für die Investitionen zur Verfügung gestellt hat. Das nur der Vollständigkeit halber war und ich muss aber tatsächlich sagen, wir werden in diesem Haushalt nicht zustimmen.
Dankeschön.

Haushaltsrede Florian Weber, Die Partei

Hallo,

ich habe eigentlich gar nichts zu sagen. Wurde ja schon alles gesagt.
Aber da wir im Wahlkampfjahr sind, sag ich auch was.
Aber ich denke es wird ganz schnell gehen, sind nur sieben Seiten.

Zum Anfang möchte ich gleich sagen, dass ich dem Haushalt zustimmen werde. Es ist viel Gutes dabei und wurde schon auch einiges richtig gemacht.

AAAABEEER, natürlich wurde auch nicht alles richtig oder gut gemacht.

Ich bin überdurchschnittlich unzufrieden mit unseren Entscheidungen, was den sozialen Bereich angeht.

Dieses Jahr haben wir uns zum Beispiel entschieden, dass wir nicht mehr Bushaltestellen als geplant so umbauen, dass sie barrierefrei sind.

Wir haben eine Brücke beschlossen, die für Rollstuhlfahrer nicht befahrbar sein wird.

Und wir bauen das Rathaus so um, dass Menschen mit Beeinträchtigung, einen Teil nicht betreten können.

Gut ist allerdings:

Wir haben beschlossen, dass auf jeder öffentlichen und städtischen Frauentoilette kostenlose Hygieneprodukte vorhanden sein sollen. Geld haben wir dafür allerdings noch nicht ausgegeben, da in den öffentlichen Toiletten, zwar keine Hygieneprodukte sind, aber immerhin auch kein Toilettenpapier. Zumindest in den ausgewählten

Testobjekten.

Überraschender Weise haben wir 18 Millionen Euro Mehreinnahmen bekommen, aber keine und keiner von uns StadträtInnen hat darüber nachgedacht, dass wir davon etwas nehmen, um die Kitagebühren wieder zu senken. (MICH EINGESCHLOSSEN)

Wir haben darüber diskutiert, dass Obdachlose auf dem Platz vom Amperium campieren, wir diskutieren jetzt darüber, dass Obdachlose eine „Zeltstadt“ am Kraftwerk aufbauen und dass wir das verhindern müssen.

Aber wir schaffen es nicht, dass wir eine Stelle für eine/n Streetworker oder Streetworkerin besetzen. Ohne eine tatsächliche Lösung finde, wie wir dieses Problem lösen.

Eine Erhöhung der Sportförderung muss massivst diskutiert werden. (NOCH MEHR)

Auch erst im Wahlkampfjahr schaffen wir es wieder über AmperOase und Eishalle zu reden und wieder einen Arbeitskreis zu gründen. Das ist sinnvoll, so kann wenigstens jeder in sein Wahlprogramm schreiben, dass er eine Eishalle will.

Mindestens dreiviertel von uns die hier sitzen leben in einem Eigenheim oder sehr günstig zur Miete.

Wir haben im nächsten Jahr oder den nächsten Jahren die Möglichkeit, dass wir uns ernsthaft für sozialen Wohnungsbau einsetzen – andernfalls wird irgendwann ein böser Mob kommen und alle StadträtInnen enteignen.

Weil erst wenn wir, die hier sitzen, uns unser Wohnen nicht mehr leisten können, dauert es weniger als ein Jahr, und es gibt genug

Wohnungen und Häuser, die sich jeder leisten kann.

Hoffen wir in diesem Sinne, dass nicht auf einmal eine Truppe von RollstuhlfahrerInnen kommt und einen auf Tonya Harding macht. Weil ich befürchte, erst wenn hier drin 80 gebrochene Beine in 40 Rollstühlen sitzen, wird Bruck tatsächlich barrierefrei.

Ein anderes Thema (was nur mir wichtig ist) und ich da in einem Rabbit Hole versunken bin.

Ist die kommunale Verkehrsüberwachung.

In jeder meiner Haushaltsreden, zwischendrin im HFA, erwähne ich es, dass wir uns dem Kommunalen Zweckverband Südbayern anschließen sollen.

Dann wird Kommunale Verkehrsüberwachung kein Draufzahler mehr. Aber sollte ich nochmal gewählt werden, erwähne ich das auch noch die nächsten 6 Jahre.

Tipp an die Zuständigen:

Auf Nachfrage habe ich dann erfahren.

Ein Zweckverband macht bei Ausschreibungen nicht mit.

Man kann sich da anschließen oder es lassen.

Ein Lob möchte ich an unseren Stadtbaumeister Herr Dachsel aussprechen. Die Kreativität, mit der er Projekte angeht ist einzigartig. Die Komplexität in diesem Bereich, und wie er es Leuten in einer Sitzung erklären ist bemerkenswert. Auch die Geduld, die er an den Tag legt.

Aber denken SIE bitte auch an die Wohnungsnot.

Ebenfalls ein Lob an unsere Kämmerer für diesen Haushalt.

Ich persönlich finde ihn insgesamt ganz gut.

Aber vielleicht können wir einfach insgesamt jedes Jahr mehr MUT

aufbringen.

Wir haben jedes Jahr mehr Geld zur Verfügung als geplant und wir haben jedes Jahr weniger Ausgaben als geplant, und mehr Einnahmen als wir erwarten.

Keine Ahnung wie man das besser planen soll oder kann, aber ich bin auch kein Kämmerer, aber wir beschneiden uns da doch selber jedes Jahr durch die Kommunalaufsicht und können keine Nicht-Pflichtaufgaben uns leisten.

Und das wiederholt sich nun seit einem Jahrzehnt.

Und die fehlenden Jahresabschlüsse, ach ja sie wissen schon

Und zum Ende möchte ich noch einen Appell an alle richten:

Was für eine dumme Kacke machen wir hier eigentlich gerade?

Wir kommen jetzt in den Wahlkampf, erst für einen BürgerINNENentscheid und dann für die Stadtratswahl.

Und wir sind damit beschäftigt, dass wir uns gegenseitig Lügen, Intrigen, Fake News, Unsachlichkeit und noch vieles mehr vorwerfen.

Ist euch eigentlich klar, dass wir sowohl nach dem BürgerINNENentscheid, wie auch nach der Stadtratswahl wieder zusammenarbeiten müssen.

Bedenkt, dass wir bei einer der nächsten Abstimmungen wieder andere Mehrheiten schaffen müssen.

Dann muss die BBV mit PARTEI und Freie Wähler was durchstimmen, oder die Grünen mit SPD und CSU ein Projekt vorantreiben.

Da hilft es nichts, wenn wir jetzt anfangen uns zu hassen.

Nehmen wir den BürgerINNENentscheid:

Weder die Initiatoren der B1, noch wir vom Ratsbegehren teilen den BürgerInnen der anderen Seite mit, was man davon hat, wenn die B2 so oder so verläuft. Wir zeigen nur, was die jeweilige Seite für die Beste Lösung hat.

Wir haben hier einen Kampf erschaffen, der ganz einfach heißt der Brucker Westen gegen den Rest. Oder der Rest gegen den Brucker Westen.

Beide Gruppierungen sind sich sicher, auf der richtigen Seite zu stehen. Aber keine der beiden Initiativen nimmt die Gegenseite mit ins Boot.

Das ist übrigens das, was man die Spaltung der Gesellschaft nennt. Wir kämpfen immer gegeneinander - Wir können ja anderer Meinung sein. Aber wieso haben wir aufgehört einander zuzuhören und vor allem aufeinander zuzugehen.

Und entweder nehmen wir uns ALLE da jetzt ein wenig zurück. Oder wir schaffen genau das, was Landes- und Bundesweit passiert.

Das wir uns als Gemeinschaft, Nachbarn und FreundInnen entfernen und trennen, für „unsere“ Sache.

Und wer gewinnt in dieser Situation? Die Extremen, die Feinde der Demokratie und des Staates.

Also,

Bleibt bei einer freundschaftlichen Stimmung, kämpft für eure Meinung, eure WählerInnen, aber vergesst niemals, dass euch auf der anderen Seite ein Mensch gegenüber sitzt.

Und geht danach alle gemeinsam ein Bier oder eine Apfelschorle trinken. Und akzeptiert, dass jetzt eine andere Mehrheit gewonnen hat.

Apropos Bier trinken gehen.

Die Stimmung ist Mal wieder sehr kurz vorm Kippen. Und wie bei Corona, habe ich Mal wieder mein Auto prominent vor der Tür geparkt, ein paar Kästen Bier und Bionade in meinen Kofferraum gestellt.

Und hierfür würde ich euch gerne danach einladen, dass wir gemeinsam auf den verabschiedeten Haushalt anstoßen.

Und einfach ins Gespräch als FreundInnen und KollegInnen kommen, und uns klar wird, dass wir alle dasselbe wollen, dass es der Stadt Fürstenfeldbruck gut geht und dass wir weiterkommen, manche wollen es in Lila, manche in Rosa, aber alle haben doch das gleiche Ziel.

Eingeladen seid natürlich nicht nur ihr, sondern auch die Damen und Herren der Verwaltung, die Presse und die BesucherInnen, die es bis hierher ausgehalten haben uns zuzuhören.

Daher meine letzte Bitte, schauen wir, dass wir uns in den nächsten Wahlkämpfen auf Augenhöhe und mit Respekt begegnen.

Daher mache ich auch etwas, was bei mir alle Nackenhaare aufstehen lässt, meinen Mund flaumig werden lässt und wo sich alles in mir dagegen strebt.

Ich zitiere einen Politiker der CSU:

„Auf der einen Seite sind wir Politiker, auf der anderen Seite sind wir Freunde. Schauma, dass das so bleibt!“

- FRANZ HÖFELSAUER

Vielen Dank

Wenn man sich mit einem neuen Haushalt befasst, liegt es nahe, sich im ersten Schritt anzuschauen, was sich im Vergleich zum vorhergehenden Haushalt geändert hat und was nicht.

Und so habe ich mir auch meine Haushaltsrede vom letzten Jahr, also für den Doppelhaushalt 2024/25 angeschaut. Leider musste ich feststellen, dass meine Kritikpunkte von damals immer noch aktuell sind und sich eher noch verschärft haben. Um es mal ganz drastisch zu formulieren: Der vorgelegte Haushalt verstößt meines Erachtens massiv gegen gültige Stadtratsbeschlüsse.

Bevor ich dazu ins Detail gehe, möchte ich Euch, meinen lieben Stadtratskolleginnen und -kollegen, eines in Erinnerung rufen: Die Beratung des Haushalts wird oft die „Königsdisziplin“ des Stadtrats genannt. Denn mit dem Haushalt legen wir fest, welche Projekte in den kommenden Jahren umgesetzt werden und wofür die Steuereinnahmen der Brucker Bürgerinnen und Bürger und der Unternehmen eingesetzt werden sollen.

Der Entwurf des Haushalts stammt von OB und Verwaltung. Der Großteil bildet typischerweise das laufende Tagesgeschäft der Verwaltung ab, der kleinere Teil die vom Stadtrat beschlossenen Projekte und Zielsetzungen. Aufgabe von OB und Verwaltung ist es, den Haushalt nach bestem Wissen und Gewissen aufzustellen und die Beschlüsse des Stadtrats sauber umzusetzen.

Die Aufgabe von uns im Stadtrat ist es dann, die Arbeit von OB und Verwaltung zu kontrollieren, insbesondere ob die Beschlüsse des Stadtrats tatsächlich umgesetzt werden. Sprich ob für das, was wir im Stadtrat in den vergangenen Jahren beschlossen haben, auch die nötigen Budgets eingestellt sind.

Alle diejenigen von Euch, die dem von OB und Verwaltung vorgelegten Haushalt zustimmen wollen, haben sich das also hoffentlich gut überlegt. Denn mit der Zustimmung zum Haushalt übernimmt IHR die Verantwortung dafür, sowohl für die Sachen, für die Steuergelder ausgegeben werden, als auch für Projekte, die NICHT angepackt werden, weil im Haushalt kein Budget dafür eingestellt wurde.

Bei diesem Doppelhaushalt ist es nochmal relevanter, weil in zwölf Wochen die Kommunalwahl ansteht. Sprich wenn man dem Haushalt zustimmen will, dann sollten sich die Dinge, die man in seinem Wahlprogramm als Herzensprojekte darstellt, auch im Haushalt wiederfinden. Ansonsten müsste man sich den Vorwurf gefallen lassen, die Bürgerinnen und Bürger zu täuschen. Und das wollt Ihr ja sicher nicht, oder?

Um mal zwei Beispiele zu nennen: Wer in seinem Wahlprogramm vorhat, die Priorität auf den Denkmalschutz zu legen, der kann heute getrost dem vorgelegten Haushalt zustimmen. Denn für Denkmalschutzprojekte sind viele Millionen vorgesehen: Allein 15,7 Millionen für die denkmalgerechte Sanierung des Alten Schlachthofs (von denen man später 11 Millionen an Fördermitteln zurückbekommt). Und dazu um die 3 Millionen für die denkmalgerechte Sanierung der Hauptbrücke (von denen man knapp 2,3 Millionen vom Staatlichen Bauamt zurückbekommt).

Wer dagegen vorhat, im Wahlprogramm stark auf die Förderung des Radverkehrs zu setzen, der muss den heute diskutierten Haushalt meines Erachtens eindeutig ablehnen.

Und damit sind wir gleich bei meinem Hauptkritikpunkt.

Denn wie schon im letzten Jahr beschlossenen Doppelhaushalt 2024/25 **fehlen zwei zentrale Radverkehrsprojekte:**

- die Umgestaltung des Straßenzugs Oskar-von-Miller/Fürstenfelder Straße einschließlich der beiden großen Kreuzungen am Schulzentrum Tulpenfeld und am anderen Ende mit der Schöngesinger/Rothschwaiger Straße
- die Umgestaltung der Augsburger Straße von der Einmündung der Maisacher bis zum Kreisverkehr im Norden

Letzteres, die Umgestaltung der Augsburger Straße, ist besonders bitter: Denn dieses Projekt war schon komplett zusammen mit dem Staatlichen Bauamt durchgeplant, das nötige Budget für unseren städtischen Anteil - 3 Millionen - war im Haushalt 2023, dem letzten Haushalt von OB Raff, noch fest eingeplant, den

Löwenanteil der Umgestaltung - Fahrbahn und Radwege - hätte das Staatliche Bauamt bezahlt. Sogar eine zugehörige Kreditermächtigung von 1,6 Millionen war 2022 bereits von der Kommunalaufsicht genehmigt worden!

Statt wie bisher der gefährliche Zweirichtungsradweg auf der Ostseite, der an der Kapellenstraße im Nichts endet, endlich auf beiden Seiten eigene Geh- UND Radwege, und das fast auf der gesamten Strecke. Das hätte nicht nur das Radeln auf dieser wichtigen Verbindungsstraße ganz allgemein sicherer und komfortabler gemacht, sondern auch die Schulwegsicherheit stark verbessert.

Alles schien in trockenen Tüchern zu sein, der Baubeginn war für 2024, also letztes Jahr geplant.

Aber dann setzte sich kurz davor, im September 2023, der frischgewählte OB Götz mit dem Staatlichen Bauamt zusammen und verhandelte über die Verlegung der B2 von der Augsburger und Hauptstraße auf die Oskar-von-Miller/Fürstenfelder/Äußere Schöngeisinger Straße. Daraufhin legte das Staatliche Bauamt das Projekt der Umgestaltung der Augsburger Straße verständlicherweise auf Eis, da nach einer Verlegung ja die Stadt komplett für dieses Projekt zuständig ist.

Wie gesagt, dieses Projekt, für das nach einer Verlegung der B2 allein die Stadt zuständig ist, fehlte im Doppelhaushalt 2024/25 und fehlt erneut im Doppelhaushalt 2026/27. Es ist einfach im Nirvana verschwunden, als hätte es dieses Projekt nie gegeben. Die zugehörige Kreditermächtigung von 1,6 Millionen wird jetzt für andere Projekte genutzt, und man freut sich darüber, dass die Kommunalaufsicht bei den Krediten nicht reingräschen kann.

Ähnliches gilt für das zweite große Radverkehrsprojekt, das im Verkehrsentwicklungsplan als sogenanntes „Schlüsselprojekt“ ausgewiesen ist, also von der Verwaltung vorrangig voranzutreiben ist: die Umgestaltung des Straßenzugs vom Schulzentrum Tulpenfeld über Oskar-von-Miller und Fürstenfelder Straße zur Kreuzung mit der Schöngeisinger und Rothschaiger Straße, also der LKW-Umgehung der B2. Dieses Projekt wurde 2015/17 wohlgeplant von der Verwaltung, genauer gesagt unserer Straßenverkehrsbehörde eingebracht, explizit mit dem Ziel mehr Sicherheit für den Rad- und Fußverkehr angesichts des damals schon hohen LKW-Verkehrs. Ebenso explizit hatte die Straßenverkehrsbehörde 2017 bereits darauf hingewiesen, dass bei einem Neubau oder einer Sanierung der Hauptbrücke der Verkehr auf diesem Streckenzug stark zunehmen werde.

Für die Umgestaltung waren 2023, wie gesagt im letzten Haushalt von OB Raff, 7 Millionen Euro eingestellt. Aber auch dieses Projekt wurde, in diesem Fall seitens der Stadt, mit der beginnenden Diskussion über eine B2-Verlegung mit dem Doppelhaushalt 2024/25 aufs Abstellgleis geschoben, da mit der Verlegung ja dann nicht mehr die Stadt, sondern das Staatliche Bauamt für die Umgestaltung zuständig wäre, bzw. nur noch für die Gehwege und gemeinsamen Geh- und Radwege.

Auch im heute diskutierten Doppelhaushalt 2026/27 fehlt die radverkehrsfreundliche Umgestaltung der Oskar-von-Miller/Fürstenfelder Straße, obwohl sie im Mai 2025 nochmals als Schlüsselprojekt bestätigt wurde, und obwohl die Strecke bereits jetzt bekanntermaßen unfallträchtig ist: Erst im November wurde eine Radlerin an einem Zebrastreifen an der Fürstenfelder Straße von einem Auto angefahren und musste ins Krankenhaus. An oder in der Nähe der Oskar-von-Miller-Straße liegen übrigens 4 Schulen - Realschule, Berufsschule, Graf-Rasso-Gymnasium und FOS/BOS.

Die Förderung des Radverkehrs ist übrigens KEIN „Wünsch Dir was“ oder „nice to have“, sondern mehrfacher Stadtratsbeschluss.

Im Juli 2019 beschloss der Stadtrat

Der Radverkehr in Fürstenfeldbruck wird im besonderen Maße gefördert. Der Radverkehrsanteil am Modal-Split im Gesamtverkehr soll basierend auf den Ergebnissen der Studie „Mobilität in Deutschland“ von 16% (2017) bis zum Jahr 2025 auf 25% angehoben werden. Der Radverkehr wird dabei als wesentlicher Bestandteil einer stadt- und umweltverträglichen Mobilität angesehen.

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die erforderlichen Haushaltsmittel zu den jährlichen Haushaltsberatungen anzumelden. Bei den Haushaltsberatungen wird angestrebt, die Ziele der Förderung des Radverkehrs in besonderem Maße und mit hoher Priorität zu berücksichtigen.

2019 wurde zudem beschlossen, dass sich die Stadt bei der nächsten MiD-Studie wieder mit einer zusätzlichen regional beauftragten Untersuchung beteiligt, um den Radverkehrsanteil messen zu können. Das Ergebnis der aktuellen MiD-Studie (mit Daten von 2023) wurde vor kurzem veröffentlicht: Der Radverkehrsanteil liegt - weit von den angepeilten 25 Prozent entfernt! - bei 13-14 Prozent, also noch unter dem Wert von 2017!!

Sprich JETZT wäre die Zeit, als Umsetzung unserer Stadtratsbeschlüsse INTENSIV in Verbesserungen für den Radverkehr zu investieren. Insbesondere entlang BEIDER stark befahrener Hauptverkehrsstraßen, also der aktuellen B2 und der LKW-Umgehungsroute, die aktuell eher was für wagemutige Radlerinnen und Radler sind.

Noch Zeit? Ein paar Punkte:

- Thema Klimaanpassung: Man entsiegelt kleine Projekte an der Pucher Straße und gegenüber dem neuen AEZ und setzt ein Förderprogramm für Baumpflanzungen auf, gleichzeitig gibt man aber 300.000 € für einen Wettbewerb zur Überplanung des kompletten Sportzentrums I auf, was eine massive Versiegelung bedeuten würde
- Hallenbad/Eishalle sind im Haushalt nur als Merkposten drin, dafür aber wie gesagt 300.000 € für den Wettbewerb, der den bisherigen Standort überplant - trotz Beschluss des Stadtrats, zuerst Ersatzflächen bereitzustellen, bevor man das Gelände überplant.
- Die Personalkosten haben sich seit 2015 verdoppelt! Von 17,8 auf 33 bzw. 35 Millionen. Das lässt sich nicht mit den vom Kämmerer genannten Tarifierhöhungen erklären - oder hat sich bei jemandem von Euch das Gehalt seit 2025 verdoppelt?

Fazit: Ich lehne für die ÖDP den Haushalt in der heute vorliegenden Form ab.

Um denjenigen meiner Kolleginnen und Kollegen, denen wie mir die Förderung des Radverkehrs und die Schulweg-Sicherheit am Herzen liegt, die sich aber vielleicht den Haushalt einfach nur zu ungenau angeschaut haben, die Chance zu geben, beim Haushalt nachzubessern, **beantrage** ich Folgendes:

- Der Haushalt wird zurückverwiesen an die Verwaltung.
- Die bereits seit vielen Jahren beschlossenen großen Radverkehrsprojekte zur Umgestaltung der Augsburger Straße und des Straßenzugs Oskar-von-Miller/Fürstenfelder Straße werden wieder in den Haushalt aufgenommen und mit ausreichenden Budgets ausgestattet.

Besten Dank!

Alexa Zierl (ÖDP)

P.S. Nachdem der Stadtrat meinem zweiten Antrag zugestimmt hat, habe ich dem Haushalt schließlich doch zugestimmt.